



# GRÜNPOL

Rundbrief zu aktuellen Themen

## Jung, weiblich, politisch

Quelle: Patrick Moser, Volksstimme



„Bei den Grünen kann ich mich am besten für mein Hauptanliegen einsetzen: den Umweltschutz.“

Die Umwelt muss in der Politik viel zu stark hinter wirtschaftlichen Interessen zurückstehen. Das ist unsinnig, weil eine unökologische Wirtschaft ihre eigenen Grundlagen zerstört.“

Das sind die Worte von Sarah Martin, die an der Mitglieder-

versammlung vom 8. März zur neuen Vizepräsidentin der Grünen Baselland gewählt wurde.

Die 30-jährige Hemmikerin kandidierte vor zwei Jahren in den Landratswahlen für die Grünen.

Von Beruf Grafikerin, betreut sie die Homepage unserer Nationalrätin Maya Graf und gestaltete diejenige der früheren Jungpartei Giftzwerge. Auch die witzige Wahlkampf-Kampagne der Oberbaselbieter Landratskandidatinnen - die „Landeier“-Idee –, dank der Florence Brenzikofer dann in den Landrat gewählt wurde, ist von ihr miterdacht und grafisch umgesetzt worden. Ansonsten war Sarah bisher vor allem für Greenpeace unterwegs. Wann immer die Greenpeace-Regiogruppe in den letzten zwei Jahren von sich reden machte, war sie dabei, auch als Greenpeace-Leute den Kühlturm des AKW Leibstadt erklimmen, um ein Transparent zu entrollen. Die Aktion brachte ihr zwar eine Verurteilung wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung – dafür auch die Genugtuung, den eigenen Idealen Publizität verschafft zu haben.

Wir freuen uns also auf viel Kreativität und Durchsetzungsvermögen!

Sarah ersetzt Urs Knecht aus Lupsingen, der aus beruflichen Gründen sein Amt abgab, nachdem er die Grünen mit Rat und Tat zwei Jahre in der Geschäftsleitung und als Vizepräsident unterstützte, ihm danken wir herzlich für sein Engagement.

## Ja. Endlich.

Philipp Schoch, Landrat, Parteipräsident Grüne BL



Wir Grünen haben uns schon immer für die Gleichstellung eingesetzt, sei es für die von Frau und Mann oder eben für Frau und Frau und Mann und Mann. Der Bund legt uns am 5. Juni ein Partnerschaftsgesetz vor, in welchem eine lange Forderung der Grünen endlich realisiert wird. Schwule und lesbische Paare gelten heute vor dem Gesetz nicht als Paar, sondern als Menschen ohne

spezielle Beziehung zueinander und haben somit vor dem Gesetz weder Rechte noch Pflichten. Gleichgeschlechtliche Paare mit gemeinsamem Haushalt können mit dem neuen Gesetz ihre Partnerschaft auf dem Standesamt „eintragen lassen“ oder wie Insider sagen eben „heiraten“. Homosexuelle erhalten somit ein umfassendes Paket von Rechten und Pflichten. Ein Beispiel einer Pflicht wäre das Steuerrecht: neu erhält ein homosexuelles „verheiratetes“ Paar eine gemeinsame Steuerveranlagung. Wer sich eintragen lässt erhält verschiedene Rechte und Pflichten gegenüber der Partnerin/dem Partner, Dritten und dem Staat. Das Partnerschaftsgesetz ist eigenständig, lehnt sich aber an das Eherecht an und ist somit nicht neu und schon gar nicht extrem. Im Gesetz konnte leider die Adoption von Kindern nicht aufgenommen werden, obwohl die Bundeshausfraktion der Grünen dies verlangte. Heute kennen viele europäische Länder ähnliche Partnerschaftsgesetze, darunter Deutschland, Frankreich, Niederlande und Skandinavien. Das Partnerschaftsgesetz kommt am 5. Juni zur Abstimmung, weil konservative Kreise aus EVP und EDU das Referendum ergriffen haben. Liebe und gemeinsames Leben verdienen Sicherheit und Verbindlichkeit! Deshalb ein JA zum Partnerschaftsgesetz!

[www.partnerschaft-ja.ch](http://www.partnerschaft-ja.ch)

Hinweis:

Gegen Armut und Gewalt an Frauen



## **Marche Mondial des Femmes**

Am 10. Juni 2005  
von Mitternacht bis Mittag in Basel  
[www.marche-mondial.ch](http://www.marche-mondial.ch)

## Parolen für die Abstimmung vom 5. Juni 2005

Abkommen zu Schengen / Dublin **JA**

Partnerschaftsgesetz **JA**

KMU Initiativen **2 x JA**

## Ein kritisches Ja zu Schengen / Dublin

Ueli Leuenberger, Nationalrat, Vizepräsident Grüne CH



Referatsnotizen aus der Rede an der MV der Grünen BS

Die Grünen sind für einen raschen Beitritt zur Europäischen Union (EU). Die Abkommen von Schengen/Dublin sind Teil der EU. Das Land, das heute der Union beitreten will, muss sie akzeptieren, auch wenn sie äusserst fragwürdig sind. Es gilt festzuhalten,

dass die Grünen die Politik der 25 kritisieren, die eine Festung gegen Menschen von ausserhalb Europa errichten. Wir müssen uns aber innerhalb von Europa dafür einsetzen, dies zu ändern. Die Grünen kritisieren auch die Konsolidierung des Bankgeheimnisses, machen sich Gedanken zu den Gefahren der Fichierungssysteme und des Risikos einer Zunahme der fliegenden Kontrollen. Trotz dieser Kritik haben die Grünen den Bilateralen II klar zugestimmt und empfehlen ein "kritisches JA". Das "progressive NEIN", das gewisse Kreise propagieren, würde de facto die isolationistischen, ausländergefeindlichen und reaktionären Kräfte in unserem Land stärken. Eine Ablehnung der Abkommen von Schengen/Dublin würde einen Beitritt der Schweiz zur EU auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

### **Ein paar weitere Elemente, die für ein JA sprechen:**

- Die im Asylrecht der EU garantierten Mindeststandards, dank denen es nicht mehr möglich sein wird, das Asylrecht in der Schweiz weiter auszuhöhlen.
- Der freie Personenverkehr, auch für die mehr als eine halbe Million in der Schweiz lebenden immigrierten Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Familien.
- Eine restriktivere Gesetzgebung betreffend den Verkauf von Waffen.

### **Positive Elemente im Bereich Datenschutz:**

- Die klare gesetzliche Grundlage für den Informationsaustausch zwischen der Schweizer Polizei und ihren europäischen Kollegen, der heute ohne jegliche Kontrolle stattfindet.

### **Notwendigkeit der demokratischen Kontrolle, um Missbräuche zu bekämpfen:**

Damit die fliegenden Kontrollen innerhalb der Grenzen auf das strikte Minimum beschränkt bleiben. Diese widersprechen dem demokratischen Prinzip, nach dem eine Identitätskontrolle nur im Fall eines konkreten Verdachts auf strafbares Verhalten zulässig ist.

Um Missbräuche zu vermeiden und zu bekämpfen, müssen Kontrollen eingeführt werden, damit die Einhaltung der Vertraulichkeit der Daten gewährleistet ist.

Um die Kontrollen durchführen zu können, müssen dem Datenschutzbeauftragten die notwendigen Mittel (insbesondere Personal) zur Verfügung stehen

Die Grünen unterstützen klar eine bessere Koordination in der Verbrechensbekämpfung, insbesondere was das organisierte Verbrechen anbelangt, bedauern aber das Festhalten am Bankgeheimnis.

## Zweimal Ja zu den KMU-Initiativen

Madeleine Göschke- Chiquet, Landrätin Grüne



Die Grünen unterstützen die KMU-Initiativen, soweit diese den Abbau von unnötigen administrativen Hindernissen zum Ziel haben. Die Grünen wissen um die volkswirtschaftliche Bedeutung der KMUs, zu denen auch viele Kleinstbetriebe gehören und viele junge Leute, die bei ihrem Start in die Selbständigkeit Entlastung

benötigen.

Die Schaffung einer zentralen Kontaktstelle in der Verwaltung ist zu begrüssen. Mit einer solchen Info- und Koordinationsstelle vereinfachen sich auch die internen Abläufe. Die Einrichtung eines solchen One Stop Shop halten wir deshalb für richtig.

Regierung, Initianten und Gewerkschaftsvertreter haben uns zugesichert, dass

1. auch die Arbeitnehmerschaft in der Konsultativkommission vertreten sein wird,
2. die Regulierungsfolgeabschätzung regelmässig wiederholt wird und
3. durch die bestehenden Gesetze die Einhaltung der bisherigen sozialen und ökologischen Standards garantiert ist.

Aus diesen Gründen können die Grünen die beiden KMU-Initiativen von der grundsätzlichen Stossrichtung her befürworten.

---

## Ein Offroader in der Stadt ist wie ein Formel 1 im Wald- unpassend

Simon Trinkler, Junge Grüne Nordwest

Der Traum der Machbarkeit wird auch bei uns mit beängstigender Leidenschaft gelebt. So werden Fahrzeuge, die dafür gedacht sind schwere Lasten in unwegsamem Gelände zu transportieren, als lifestyle- und prestige-Objekte zum Einkaufen in der Stadt missbraucht. Offroader sind aber überhaupt nicht für den Stadt- und den Autobahn-Verkehr ausgelegt. Im Vergleich zu einem zeitgemässen Auto brauchen sie ein Mehrfaches an Treibstoff. Dies weil sie alles andere als aerodynamisch sind, weil sie sehr schwer sind und weil diese Masse im Stop and Go Verkehr der Städte ständig wieder von neuem beschleunigt werden muss.

Auch die Fussgängersicherheit wird durch Offroader beeinträchtigt, weil die hohe Kühlerhaube bei Unfällen ein ganz anderes Verletzungsbild hervorruft. Kinder werden von der hohen Kühlerhaube gar direkt am Kopf getroffen. Aber auch die Insassen eines Offroaders sind bei einem Unfall stärker gefährdet, weil diese oft massiv konstruiert sind und auf Knautschzonen, die lebensrettend sein können, keinen Wert gelegt wird. Offroader sind fürs Gelände konstruiert und können für Arbeiten die dort verrichtet werden müssen, sinnvoll eingesetzt werden. Als „Stadt-Autos“ sind sie aber deplaziert.

Die Jungen Grünen Nordwest haben eine Petition für Massnahmen gegen Geländefahrzeuge in dichtbesiedelten Gebieten gestartet, der Unterschriftenbogen liegt dem Versand bei.

## Gefährdet die Chemie unser Trinkwasser?

Jürg Wiedemann, Landrat Grüne



In den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden gemäss Angaben der Chemiekonzerne Novartis, Ciba und Syngenta etwa 13'000 Tonnen giftiger Chemiemüll am Rande des Trinkwassergebiets Hard abgelagert. Heute kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese teilweise hochgiftigen Stoffe unser Trinkwasser aus dem Hardwald

kontaminieren. Die Resultate einer ersten Untersuchungsetappe zu den Chemiemüll-deponien, welche die Gemeinde Muttenz vor wenigen Wochen bekannt gab, sind beängstigend. Sie haben ergeben, dass Giftstoffe aus der Feldbengrube in Muttenz in das Grundwasser austreten. Dabei wird der Grenzwert (0.02 mg/Liter) der Altlastenverordnung für das Krebs fördernde Perchlorethylen (Per) in den nördlichen und westlichen Teilen der Deponie bis zum Vierfachen des erlaubten Werts überschritten. Grundwasseranalysen bestätigen ausserdem das Vorhandensein weiterer toxischer Stoffe im Nano- und Microgramm-Bereich, unter anderem Tetrachlorethan, Phenole, Naphtalin und Aniline.

Wohin das chemisch belastete Grundwasser aus der Region der Feldbengrube fliesst, konnte bislang nicht eindeutig eruiert werden. Bei ausserordentlichen Ereignissen wie anhaltendem Hochwasser im Rhein und gleichzeitigem Versickerungsstopp von Rheinwasser durch die Hardwasser AG könnte dieses vergiftete Grundwasser aus geologischer Sicht durchaus nach Norden statt wie üblich nach Nordwesten abfliessen und damit in den Trinkwasseranlagen im Hardwald auftauchen. Die Fliessrichtung des Grundwassers kann sich deshalb problemlos ändern, weil der Grundwasserspiegel in diesem Gebiet ausgesprochen flach ist. Rund 100'000 Menschen aus der ganzen Region beziehen ihr Trinkwasser aus der Hard. Eine gesundheitliche Gefährdung dieser Menschen kann nach dem heutigen Wissensstand nicht ausgeschlossen werden. Müsste ausserdem diese Trinkwasserquelle eines Tages infolge toxischer Verseuchung geschlossen werden, so wäre die Wasserversorgung einer ganzen Region gefährdet.

Auch die technische Anlage der in Muttenz geplanten zweiten Untersuchungsetappe in den kommenden Monaten verspricht – wie die bisherigen Untersuchungen – keinen wesentlichen Erkenntnisgewinn bezüglich der zentralen Frage, die lautet: Kann auch bei Extremsituationen wie oben skizziert, ein Zufluss von mit Chemikalien belastetem Grundwasser in die Trinkwasserbrunnen der Hard hundertprozentig ausgeschlossen werden? Dieser unklare und beunruhigende Zustand ist inakzeptabel.

Deshalb sollten ergänzende Untersuchungen durch qualifizierte und unabhängige Experten eine unzweifelhafte Klärung der Grundwasserströme in Muttenz bringen, um das Risiko für eine gesundheitliche Gefährdung durch verseuchtes Trinkwasser ausschliessen zu können.

## In Liestal grünt es...

Marie-Theres Beeler, Einwohnerrätin Liestal, Grüne



In den vergangenen Jahren haben die Grünen in Liestal einen neuen Aufschwung erlebt und sind mittlerweile in fast allen Exekutivbehörden vertreten: im Stadtrat mit Lukas Ott, in der Sozialhilfebehörde mit Marie-Louise Bohny Schuler und mit Evi Tanner im Sekundarschulrat. Dem Einwohnerrat gehören Astrid Basler, Marie-Theres Beeler, Erika Eichenberger, Jürg

Holinger, Corinne Ruesch und Elisabeth Spiess an. Dieses Engagement ruft nach Vernetzung. Darum gibt es seit dem vergangenen Herbst eine gut funktionierende Ortsgruppe, welche nicht nur die Kommunikation unter den MandatsträgerInnen ermöglicht, sondern auch für die Mitglieder und SympathisantInnen vor Ort eine Plattform anbietet, um informiert und vernetzt zu sein. Der Vorstand, bestehend aus Regula Haab, Marie-Theres Beeler, Jürg Holinger, Nadja Fuchs, Thomas Baumgartner und Ruth Gonseth koordiniert die grüne Arbeit und bereitet sich darauf vor, vermehrt auch die politische Diskussion und Meinungsbildung zu unterstützen. Der Anfang dazu wird getan mit einer Veranstaltung zum Thema Verkehr und Planung am 9. Juni um 20.15 Uhr im Restaurant Asia-House in Liestal.

Um den Informationsfluss zu verbessern und den Austausch zu ermöglichen, wurde der „Grünbrief“ als Publikationsorgan geschaffen. Den Grünen und SympathisantInnen aus Liestal wurde der erste Grünbrief in den letzten Tagen bereits zugestellt. Grüne aus den umliegenden Gemeinden erhalten ihn mit dieser Ausgabe des Grünpol. Während in Liestal wohnende Grüne automatisch auch Mitglied der Grünen Liestal sind, können EinwohnerInnen umliegender Gemeinden aus dem Wahlkreis auf Wunsch in Liestal Mitglied werden und sich mit uns vernetzen.

Für GrünpolabonnentInnen, welche nicht die Chance haben, den Grünbrief direkt zu erhalten, gibt es die Homepage als Informationsquelle. Sie wird im Juni aufgeschaltet und hält jeweils auch den neuesten Grünbrief bereit ([www.grueneliestal.ch](http://www.grueneliestal.ch)). Unser Sekretariat erreicht ihr unter [info@grueneliestal.ch](mailto:info@grueneliestal.ch).

Wir freuen uns auf jedes Echo!

Hinweis:

### **Rallye21- Die Schweizer Effizienzmeisterschaft**

Am 17./18. Juni 2005

Die Rallye mit rund 400 Teams aus Wirtschaft, Kultur & Prominenz will zeigen, was man mit einer energieeffizienten Fahrweise und Fahrzeugen für die Umwelt, die inländische Wirtschaft und den Geldbeutel tun kann.

[www.sun21.ch](http://www.sun21.ch)

## Peinliche Kopftuchgeschichte aus dem Landrat

Kaspar Birkhäuser, Landrat, Grüne



Der Landrat verweigerte in seiner Sitzung vom 7. April mit 43:34 Stimmen der in Muttenz wohnenden 22jährigen Türkin Meryem B. die Einbürgerung. Dies, obwohl Bund und Bürger-gemeinde der jungen Frau das Bürgerrecht bereits zugesprochen hatten. Die Betroffene ist in Muttenz aufgewachsen und hat in Istanbul eine vierjährige Koran-schule absolviert, durch die sie sich zur Religionslehrerin ausbilden liess. Als solche ist sie heute in Basel tätig. Sie trägt Kopftuch und lange Kleider und gibt Männern die Hand nicht, weil es so im Koran stehe.

Der Landrat folgte mit seinem Entscheid dem Antrag der Petitionskommission, welcher mit 4:3 Stimmen zustande gekommen war. Kommissionspräsident Röbi Ziegler (SP) konnte den Antrag mit seinem Gewissen nicht vereinbaren und liess sich im Rat von Vizepäsident Paul Schär (FDP) vertreten. Ziegler berichtete im Plenum, die Türkin sei eine selbstbewusste junge Frau, welche die strenge Form des Islam von sich aus gewählt habe. Schär betonte, Religion und Kleidung hätten für die Kommissionsmehrheit aber keine Rolle gespielt. Vielmehr habe die Antragstellerin den Eindruck geweckt, sie sei nicht genügend integrationswillig. Ein Beleg dafür sei, dass sie sich in den letzten Jahren nicht um bessere Deutschkenntnisse bemüht habe.

Wir von der grünen Fraktion sprachen uns für die Einbürgerung aus, indem wir betonten, dass in der Schweiz Kirche und Staat getrennt seien und hierzulande Glaubens- und Religionsfreiheit herrsche. Wir waren den Verdacht nicht losgeworden, dass die Mehrheit der Petitionskommission - entgegen den anders lautenden Beteuerungen Schärs - ihre Ablehnung doch auch wegen des Bekennens der Antragstellerin zu einer strengen Form des Islams gefällt hatte. Denn Ziegler bestätigte im Rat, dass Kleidung und Religiosität in den Beratungen der Petitionskommission sehr wohl eine zentrale Rolle gespielt hätten. In den Kommissionsprotokollen könne seitenlang darüber nachgelesen werden.

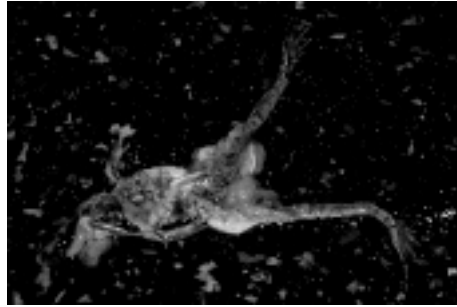
Und was die angeblich mangelnde Integrationsbereitschaft von Meryem B. betrifft, so vermochten die Gegner der Einbürgerung nichts Schwerwiegendes vorbringen. "Sie hat keinen grossen Kontakt zu Schweizern", steht zum Beispiel im Kommissionsbericht. Na und? Und weshalb sollte eine Frau, die unsere Sprache schon gut spricht, sich weiter "um bessere Deutschkenntnisse bemühen"?

Laut Basler Zeitung kann Julia Morais, die Leiterin der Baselbieter Stabsstelle für Integrationsfragen, über das Nein des Landrates zu dieser Einbürgerung "nur den Kopf schütteln". So geht es auch uns Grünen. Dieser Entscheid des Landrats ist schlicht peinlich. Und wir sind dezidiert der Meinung, dass die Glaubens- und Religionsfreiheit ein hohes Rechtsgut ist, das unbedingt geschützt werden muss.

## Frösche auf der Strasse

Petra Ramseier, Regionalvertreterin BL der Koordinationsstelle für Amphibien- und Reptilienschutz in der Schweiz (KARCH)

Foto: Kurt Grossenbacher



Eine Überlandstrasse im Baselbiet im frühen März: Es ist Nacht, es regnet, die Strasse ist leer. Von weitem hört man das Brummen eines

sich nähernden Autos. Plötzlich springt weiter vorne ein Grasfrosch aus dem Wald und hüpfert quer über die Strasse zielstrebig Richtung Weiher, der sich auf der anderen Strassenseite befindet. Das Auto ist nun so nahe, dass es für die Freiwilligen, die die Frösche jede Nacht einsammeln, zu gefährlich ist, den Frosch noch von der Strasse zu tragen. Sie können nur hoffen, dass er noch einen letzten Sprung macht und es bis auf die Gegenfahrbahn schafft. Der Fahrer merkt nicht, welches kleine Drama sich gerade auf der Strasse abspielt. Aber der Frosch macht den Sprung! Für einmal Glück gehabt. Während der Grasfrosch meist sehr zügig über die Strasse springt, verweilen die Erdkrötenmännchen oft am Strassenrand und warten auf die Weibchen oder laufen gemächlich über die Strasse. Zwanzig Autos pro Stunde genügen, dass etwa fünfzig Prozent der Erdkröten auf der Strasse sterben. Die Autofahrer können einen Beitrag zum Schutz der Amphibien leisten. Wer langsam fährt, hat eine Chance, den Tieren auf der Strasse auszuweichen. Oder man kann so zielen, dass sie zwischen die Räder zu liegen kommen. Dann ist es aber wichtig, nicht schneller als 30 Stundenkilometer zu fahren. Denn unmittelbar vor dem fahrenden Auto herrscht ein Überdruck während unter dem Auto ein Unterdruck herrscht. Der rapide Druckwechsel hängt vom Tempo ab und kann dazu führen, dass die Eingeweide kollabieren. Positiv ist, dass sich in den letzten paar Jahren bei den Gemeinden und beim Kanton das Bewusstsein für das Problem Amphibien und Verkehr stark verbessert hat. An verschiedenen Orten wurden Leitsysteme und Unterführungen für die Amphibien gebaut. An anderen Stellen installieren die Werkhöfe jedes Jahr temporäre Zäune, die von Freiwilligen kontrolliert werden. All diese Verbesserungen wurden auch möglich, weil sich verschiedene lokale, kantonale und nationale Gruppierungen immer wieder für den Amphibienschutz stark gemacht haben.

## Kein Pharmakonzern im Grossen Moos

Die Kundgebung vom 3. April 2005 gegen einen Pharmakonzern in Galmiz war ein grosser Erfolg.



Rund 2'000 Personen haben teilgenommen und eine Resolution verabschiedet.

Mit dabei und nicht zu übersehen waren einige OberbaselbieterInnen.